

Fragen

für die Fragestunde der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Mai 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	5, 6	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 14
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	1, 2
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	7, 36
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	24	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	27, 28	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 17
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	30, 31	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	37, 38
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	29, 32		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
Wie viele KDV-Anträge (Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer) wurden seit dem 1. Juli 2014 von Berufssoldaten und Zeitsoldaten gestellt, und wie viele der jeweiligen Anträge sind bis zum heutigen Zeitpunkt abgelehnt, anerkannt worden bzw. noch in Bearbeitung (bitte nach Quartal und Geschlecht aufschlüsseln)?

2. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
Wie viele KDV-Anträge sind seit dem 1. Juli 2014 von Freiwillig Wehrdienstleistenden bei den Kreiswehrrersatzämtern bzw. Karrierecentern gestellt worden, und wie vielen dieser Anträge wurde stattgegeben (bitte nach Quartal und Geschlecht aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und
digitale Infrastruktur**

3. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Haltung vertritt die Bundesregierung gegenüber dem Vorstand der Deutschen Bahn AG, um weitere Streikmaßnahmen seitens der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) oder der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu vermeiden, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik, dass das geplante Tarifeinheitsgesetz den Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn AG und den Gewerkschaften anheizt?

4. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass sich das Land Baden-Württemberg an der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen an der Rheintalbahn beteiligt, die eigentlich in der Zuständigkeit des Bundes liegt (vgl. www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/Txt/15_6723.pdf), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik an der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen durch die Länder insbesondere vor dem Hintergrund unterschiedlicher Finanzstärken der Bundesländer (bitte begründen)?

5. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung nach der angekündigten Staatenklage Österreichs gegen die Kfz-Steuersenkung im Zusammenhang der Einführung der Pkw-Maut laufende Ausschreibungsverfahren wie die des Auftrages „Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Bereich Infrastrukturabgabe“ (Auftragsbekanntmachung 2015/S 085-152510) aussetzen (bitte begründen) und nach einer förmlichen Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens bis zur endgültigen Klärung des Sachverhalts (z. B. durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs) auf weitere Ausschreibungen verzichten, um einem haushälterischen Schaden vorzubeugen (bitte begründen)?
6. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung, sofern noch in dieser Legislaturperiode die Absenkung der Kfz-Steuer bei gleichzeitiger Einführung einer Pkw-Maut seitens der Europäischen Union gestoppt wird, in Anbetracht der Bestimmungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD beide Gesetze – also auch das Gesetz zur Einführung einer Pkw-Maut – außer Kraft setzen (bitte begründen), und welche legislativen Schritte wird die Bundesregierung im Falle eines möglichen Scheiterns der Kfz-Steuersenkung – d. h. sollte ein diesbezügliches Vertragsverletzungsverfahren bis zur Bundestagswahl 2017 nicht abgeschlossen sein – ergreifen, um auch zukünftige Bundesregierungen an die Bestimmungen des gültigen Koalitionsvertrages zu binden (z. B. Konditionierung der Einführung der Pkw-Maut an die Senkung der Kfz-Steuer)?
7. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Von welchen Kosten geht die Bundesregierung derzeit für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 im Zusammenhang mit der Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland (bitte nach Haushaltsjahren und Kostenblöcken aufschlüsseln) aus, und werden die Mittel im Falle der Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens bezüglich der simultan erfolgenden Senkung der Kfz-Steuer – ohne die die Bestimmung des Koalitionsvertrages, „dass kein Fahrzeughalter [und keine Fahrzeughalterin, Anm. der Fragestellerin] in Deutschland stärker belastet wird als heute“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 29) nicht einzuhalten ist – mit einem Sperrvermerk versehen, um einem haushälterischen Schaden vorzubeugen (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

8. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils welcher Sicherheitsebene sind die sicherheitstechnisch wichtigen Hilfssysteme der Atomkraftwerke Gundremmingen B und C – insbesondere das Steuerluftsystem – genehmigungsrechtlich oder laut Betriebshandbuch zugeordnet (bitte differenzierte Angabe nach genehmigungsrechtlich und Betriebshandbuch), und jeweils welche sicherheitstechnisch wichtigen Hilfssysteme der Atomkraftwerke Gundremmingen B und C sind räumlich nicht getrennt (bitte vollständige Angabe; vgl. fehlende Angabe hierzu in der Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 7 und 8 auf Bundestagsdrucksache 18/4888)?
9. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzt die Bundesregierung die Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Regulierung von Fracking (Empfehlung der Kommission vom 22. Januar 2014 mit Mindestgrundsätzen für die Exploration und Förderung von Kohlenwasserstoffen, z. B. Schiefergas, durch Hochvolumen-Hydrofracking 2014/70/EU), die unter anderem Mindestabstände zu Wohnbebauung, Mindestabstände zwischen Grundwasser und der zu frackenden Horizonte sowie die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) vorgeben, im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Fracking um, und wenn nicht, warum nicht?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

10. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind nach Auffassung der Bundesregierung und des Bundesnachrichtendienstes (BND) die in den Medien derzeit diskutierten Selektoren der sog. 40 000er-Liste, der 2 000er- bzw. 12 000er-Liste (DER SPIEGEL Nr. 19/2015; Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 2015) unzulässig und illegal (illegale „Geheimnisse“), weil ihre Bereitstellung durch die NSA zur Einstellung durch den BND in dessen Dateien aus der Nachrichtengewinnung der Satellitenübertragung die Vereinbarungen von BND/NSA und deutsches Gesetz und Recht verletzt, weshalb sie auch vom BND ausgesondert und der NSA dies gleichzeitig mitgeteilt und von der NSA nicht beanstandet wurde, und deshalb nach meiner Auffassung

ohne Weiteres und ohne die Zustimmung der NSA an den Deutschen Bundestag (Parlamentarisches Kontrollgremium und 1. Untersuchungsausschuss („NSA“)) unverzüglich herauszugeben sind, und welche Art von Daten hat der BND an die NSA übermittelt – laut Presseberichten soll er täglich ca. 220 Millionen Metadaten weltweit erfasst sowie „bis zu 1,3 Milliarden Daten pro Monat“ u. a. an die NSA übermittelt haben (ZEIT ONLINE vom 12. Mai 2015, bitte ggf. nach Arten und Herkunft dieser Daten aufschlüsseln)?

11. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche autorisierte US-Vertreterin oder autorisierter US-Vertreter hatte der Bundesregierung im zweiten Halbjahr 2013 den Abschluss eines „No-Spy-Abkommens“ angeboten, mit dem US-Geheimdienste zusagen sollten, Deutsche nicht auszuspionieren und in ganz Deutschland deutsches Recht einzuhalten, so wie der ehemalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla am 12. August 2013 öffentlich und im Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages (vgl. u. a. www.tagesschau.de vom 12. August 2013) behauptete, und auf welche sonstigen validen US-Zusagen bezog sich die Bundesregierung bei solchen Behauptungen insbesondere ihres Regierungssprechers, jenseits der bloßen Erwägung des US-Geheimdienstkoordinators James R. Clapper vom 5. August 2013, er persönlich könne sich lediglich „die Bildung einer Arbeitsgruppe vorstellen“, aber mangels Prokura „keine Ad-hoc-Entscheidung treffen“, die vielmehr nur der US-Präsident treffen (vgl. www.tagesschau.de vom 8. Mai 2015)?

12. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aufgrund welcher konkreten Briefings, Unterlagen bzw. welcher Gespräche mit welchen Personen hielt die Bundeskanzlerin es noch am 11. September 2013 kurz vor der Bundestagswahl für zulässig und zutreffend, davon zu sprechen, dass die „Amerikaner bereit seien, mit uns ein sogenanntes No-Spy-Abkommen zu verhandeln“ (vgl. Online-Dossier, www.tagesschau.de/inland/nospy-105.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

13. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unterschiede sieht die Bundesregierung im Detail zwischen dem von Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Markus Krajewski vorgelegten Vorschlag für ein ISDS-Kapitel (ISDS – Investor-Staat-Streitbeilegung) im Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (siehe: www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/modell-investitionsschutzvertrag-mit-investor-staat-schiedsverfahren-gutachten,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf), und dem Vorschlag der EU-Kommissarin Cecilia Malmström zur Reform der Schiedsgerichte in TTIP (siehe: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/may/tradoc_153408.PDF, bitte konkrete Unterschiede einzeln auflisten)?
14. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils von wem sollen nach aktueller Planung die drei hinsichtlich der Rückstellungen der Atomkraftwerke (AKW) betreibenden Energiekonzerne für AKW-Rückbau und Atommüllentsorgung angekündigten Vorhaben Stresstest der Werthaltigkeit, Gewährleistung der Konzernhaftung auch bei Konzernumstrukturierungen und Prüfung der Etablierung einer internen oder externen Fondslösung bearbeitet werden, und jeweils bis wann (vgl. auf Plenarprotokoll 18/96, S. 9130 f., Antworten der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, auf meine Mündliche Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 18/4370 sowie ihre nachträgliche Schriftliche Antwort vom 20. April 2015 zu meiner ersten Mündlichen Nachfrage zu vorgenannter Frage hierzu)?
15. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Rückstellungen für Atomkraftwerke für gesichert, vor dem Hintergrund der Aussage des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, Peter Terium, (www.tagesschau.de vom 12. Mai 2015), der angab, dass die Rückstellungen für Atomkraftwerke erst noch verdient werden müssten?

16. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ausschreibungsergebnis für Photovoltaik-Freiflächenanlagen und zwar konkret daraus, dass nach Information des Fragestellers keine Bürgerenergiegenossenschaft einen Zuschlag erhalten hat und die bezuschlagte durchschnittliche Förderhöhe über der derzeitigen Einspeisevergütung liegt?
17. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen über die bereits im Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz genannten (Heizungscheck, Nationales Effizienzlabel für Heizungsanlagen, Fortentwicklung des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien) hinaus will die Bundesregierung wie von Bundesminister Sigmar Gabriel in seinem Schreiben vom 5. Mai 2015 an die Mitglieder der SPD-Fraktion angekündigten ineffizienten Ölheizungen „zu Leibe rücken“, und ab welchem Jahr plant die Bundesregierung, den Einbau von Ölheizungen in Neu- und Altbauten generell zu beenden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, ungeachtet der Annullierung des ägyptischen Wahlgesetzes durch das Verfassungsgericht, ihre mehrfach betonte (zuletzt in ihrer Antwort auf meine Schriftlichen Fragen 9 und 10 auf Bundestagsdrucksache 18/4044) Konditionierung einer Einladung des ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi an vor einem Deutschlandbesuch abzuhaltende Parlamentswahlen fallen zu lassen, und über welche Informationen verfügt sie, wann diese Wahlen stattfinden sollen?
19. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die von Präsident Abd al-Fattah as-Sisi mehrfach vorgetragene Sorge hinsichtlich einer Destabilisierung seines Landes durch innere und äußere Kräfte sowie die Einschätzung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder, wonach Ägypten als regionaler Stabilitätsanker gestärkt werden müsse (Handelsblatt vom 29. März 2015, Deutsche Welle, www.dw.de/kauder-fordert-mehr-unterst%C3%BCtzung-f%C3%BCr-%C3%A4gypten/a-17464140)?

20. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bemühungen unternimmt die ägyptische Führung nach Erkenntnissen der Bundesregierung derzeit, um einen Prozess der nationalen Versöhnung einzuleiten, der insbesondere die verfolgten und inhaftierten, aber auch die nichtradikalisierten Anhänger der Muslimbruderschaft einbezieht?
21. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung im repressiven Vorgehen der ägyptischen Regierung gegen die islamistisch orientierte Opposition einen sinnvollen Beitrag zu den „gemeinsame[n] Interessen im Kampf gegen den Terrorismus“ (Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier bei seinem Besuch in Ägypten), besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sie innerhalb Ägyptens zu einer Welle der Gewalt, sowohl in der Hauptstadt (siehe etwa <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/129887/Egypt/Politics-/Unknown-assailants-set-off-bombs-outside-Egyptian.aspx>) als auch auf der Sinaihalbinsel (vgl. etwa www.bbc.com/news/world-middle-east-32277286) geführt hat?
22. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Projekte im Rahmen der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit führt die Bundesregierung seit der Wahl des Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi mit Ägypten durch, und wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung der insgesamt seit dem Jahr 2011 mit Ägypten durchgeführten Projekte in diesem Bereich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Entwicklung Ägyptens (bitte für die zehn wichtigsten Projekte einzeln auf-führen)?
23. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das militärische Eingreifen Ägyptens in Libyen, und welche völkerrechtliche Grundlage sieht sie für diese Intervention?
24. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
- Gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Besuches des französischen Staatspräsidenten François Hollande in Kuba sowie des zuvor stattgefundenen Treffens zwischen dem Präsidenten des Staats- und des Ministerrates der Republik Kuba, Raúl Castro Ruz, und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi, die eigenen Bemühungen hinsichtlich einer Verbesserung der bilateralen Be-

ziehungen zu intensivieren und sich auf europäischer Ebene für eine Beendigung des 1996 beschlossenen Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union gegenüber Kuba einzusetzen (bitte ausführlich begründen)?

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung der Gesetzentwurf Nummer 2389 im ukrainischen Parlament bekannt, durch den der Wehrdienst für Ausländer und Staatenlose ermöglicht werden soll (http://rada.gov.ua/news/Novyny/Plenarni_zasidannya/108864.html), und inwieweit sieht die Bundesregierung darin den Versuch der ukrainischen Regierung, auch ausländische Söldner oder Angehörige von NATO-Truppen in die Streitkräfte aufzunehmen?
26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung den unter der Federführung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder Großbritannien und Frankreich erarbeiteten Resolutionsentwurf, der „alle notwendigen Mittel“ gegen Schlepperboote legitimieren würde – einschließlich der Zerstörung beispielsweise auf libyschem Territorium (www.srf.ch/news/international/erlaubt-der-sicherheitsrat-einen-militaereinsatz-in-libyen), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse über die derzeitige Haltung der UN-Vetomächte (Russland, China) zu diesem Vorschlag?
27. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung will die EU ein UN-Mandat im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erwirken, und sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Äußerung des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier, der laut Medienberichten (www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-nato-101.html) mit einem UN-Mandat gegen Schlepper rechnet, eine Bedrohung des Weltfriedens?
28. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Fluchtursachen (bitte einzeln auflisten) sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Äußerung des Bundesministers des Auswärtigen, dass die EU sich stärker bei der Bekämpfung von Fluchtursachen engagieren soll (www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-nato-101.html), und wie sollen diese konkret bekämpft werden?

29. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Wie ist die rechtliche und politische Positionierung der Bundesregierung zur auf der EU-Ebene verfolgten Idee, Schleuserorganisationen auch militärisch zu bekämpfen, z. B. durch die Zerstörung von Booten (bitte umfassend beantworten, z. B.: welche rechtlichen Bedenken gibt es, für wie wirksam und durchführbar hält sie das Vorhaben usw.), und in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, sich an diesen geplanten Aktionen aktiv zu beteiligen, abhängig von der Frage, ob ein entsprechendes UN-Sicherheitsratsmandat vorliegt oder nicht (bitte ausführen, sollen z. B. die im Mittelmeer fahrenden Marineschiffe hierfür eingesetzt werden, wird Deutschland entsprechende Boote aus der Luft bombardieren usw.)?
30. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Ergebnis sind die „Detailfragen“ zu Mandat und rechtlichen Rahmenbedingungen des Einsatzes zweier Schiffe der deutschen Marine im Mittelmeer mittlerweile geklärt, was von einem Sprecher des Bundesministeriums des Innern in der Bundespressekonferenz vom 4. Mai 2015 spätestens für das Eintreffen der Schiffe am 7. Mai 2015 im Einsatzgebiet angekündigt wurde, laut der Bundesregierung aber noch am 6. Mai 2015 mit „Modalitäten und Unterstellungsverhältnisse[n]“ würden immer noch „geprüft“ beauskunftet (Antwort auf meine Schriftliche Frage Monat April 2015 auf Bundestagsdrucksache 18/4908), und welche Gespräche bzw. Verhandlungen führt die Bundesregierung mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Regierungen Tunesiens oder Ägyptens, der NATO oder der Europäischen Union hinsichtlich der Frage, auf welche Weise die Bundeswehr mit militärischen Mitteln in Hoheitsgewässern der nordafrikanischen Staaten Libyen, Ägypten oder Tunesien tätig werden könnte, um dort etwa Boote oder sogar Schiffe zu zerstören?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

31. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Für welche Zwecke wurde das vom Bundeskriminalamt für den Einsatz bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt vermittelte Europol-„Mobile Office“ genutzt bzw. für welche Zwecke war es auch ohne eine schließliche Nutzung angefragt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4820), und welche erläuternden Angaben kann die

Bundesregierung zu den nach einem Unterstützungsersuchen des Hessischen Landeskriminalamts erfolgten Abfragen oder Zulieferungen einschlägiger Europol-Datenbanken bzw. sonstiger in Anspruch genommener Dienste der Polizeiagentur machen?

32. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung angesichts des Versprechens der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung, auch durch die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen zu helfen, für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Syrien bzw. dem Irak, insbesondere zu hier lebenden Verwandten, einsetzen (vgl. das diesbezügliche Schreiben von PRO ASYL e. V. vom 12. Mai 2015 an den Bundesminister des Innern und den Bundesminister des Auswärtigen), und welche legalen oder sicheren Einreisewege in relevanter Größenordnung für Flüchtlinge aus Syrien bzw. dem Irak sieht die Bundesregierung, damit diese Menschen sich nicht in die Hände von Schleusern begeben und ihr Leben bei einer gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer aufs Spiel setzen müssen (bitte ausführen)?
33. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der Europäischen Kommission zur Reform der Blue Card, und wird sie sich dafür einsetzen, dass die Blue Card für qualifizierte Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung geöffnet bzw. eine vergleichbare Regelung für diesen Personenkreis geschaffen wird, damit flächendeckend drohende Versorgungslücken etwa in der Pflege geschlossen werden können?
34. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannt ist, welche von der National Security Agency (NSA) stammenden Suchbegriffe (Selektoren) vom Bundesnachrichtendienst für die Erfassung von Telekommunikation abgelehnt wurden, und wenn ja, auf welche Weise (bitte unter Angabe des Datums, wann das BfV davon Kenntnis erlangt hat)?
35. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zweck und seit wann erhält und nutzt das BfV von der NSA stammende Suchbegriffe (Selektoren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

36. Abgeordnete
**Sabine
Leidig**
(DIE LINKE.)
- Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen vom Bund geschlossene Beschaffungs- oder Dienstleistungsverträge durch eine politische Entscheidung – wie z. B. der Rücknahme eines Gesetzes – nichtig und dementsprechend gekündigt bzw. aufgehoben wurden (bitte Verträge und entsprechende politische Entscheidung angeben), und wie hoch waren jeweils die bundesseitigen Aufwendungen für Vertragsstrafen in Relation zum vereinbarten Auftragsvolumen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

37. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist in dem Programm „Soziale Teilhabe an Arbeitsmarkt“ (Förderrichtlinien veröffentlicht im Bundesanzeiger am 7. Mai 2015) das Arbeitnehmerbruttogehalt legt man die maximale Förderung je Arbeitsplatz von 1 320 Euro an, und was sind die Gründe dafür, dass nach der Förderrichtlinie der Zuschuss nicht durch Länder, Kommunen oder Dritte aufgestockt werden kann?
38. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Fallen unter „Dritte“ auch Träger, die die Maßnahme durchführen, und wenn nein, aus welchen Mitteln sollen die Träger nach Ansicht der Bundesregierung eine mögliche Aufstockung finanzieren?

